

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **10. November 2015** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.35** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Jürgen Stober**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Steffen Seibert (ab 19.15 Uhr)
Karin Heidke (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht**
Rechnungsamtsleiter Dieter Jänicke
Bauamtsleiterin Patricia Arnold

Zu TOP 1:

Marco Rössner, Volkswohnung
Frau Altenmüller, Volkswohnung
Herr Strieffler, Ingenieurbüro BIT

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **03.11.2015** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **05.11.2015** ortsüblich
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen
Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Eingangs begrüßt der Vorsitzende die zahlreich erschienen Zuhörerinnen und Zuhörer.

**Zu Punkt 1 der T.O.: **Bebauungsplan „Gewerbegebiet Kirchfeld-Nord“
Hier: Vorstellung der Planung zur Verkehrsführung für
den Bereich der Erschließung dieses Gebietes
-mündlicher Vortrag****

Zu diesem TOP heißt der Vorsitzende Herr Rössner und Frau Altenmüller, beide Volkswohnung/Konversionsgesellschaft sowie Herr Strieffler vom Ingenieurbüro BIT willkommen.

Die Erschließung des Gewerbegebietes führte zurückliegend, so der Vorsitzende einleitend, bereits wiederholt vor allem zu Beschwerden über Lärmbelästigungen. Denn die Baustelle mit den entsprechenden Lärmbelästigungen wird jetzt über die Abraham-Lincoln-Allee und den Blankenlocher Weg entlang des Wohngebietes angefahren. Ziel sei, so Stober weiter, zweifellos der Anschluss dieses Gebietes über die Linkenheimer Landstraße. Man wolle, so der Ortschaftsrat und auch Aussagen bei der Bürgerversammlung in Kirchfeld Nord, den Anschluss nur über die Linkenheimer Landstraße haben. Damit haben auch die Anwohner gerechnet.

Da dieser Anschluss jedoch noch nicht ausgebaut ist, stellen nun Vertreter der Volkswohnung vor, wie zunächst ein provisorischer Anschluss und danach die endgültige Lösung umgesetzt werden wird.

Nachdem nun zwischenzeitlich der Gleisanschluss und die Verladerampe der Bundeswehr Anfang November verlegt werden konnte und man die Freigabe des Eisenbahnbundesamtes erhalten habe, erläutert der bei der Volkswohnung für Technik und damit für Baumaßnahmen zuständige Marco Rössner, konnte man mit den vorbereitenden Arbeiten für die Erschließungsmaßnahmen beginnen. Die Maßnahme gliederte sich in zwei Blöcke, den Rückbau der bestehenden Verladerampe und der Gleisanlage. Dabei werde auch das umfangreiche Erdmaterial, der Abraum vor Ort geschreddert und so auch durch lärmintensive Arbeiten begleitet. Sämtliche Bauarbeiten seien in enger Zusammenarbeit mit städtischen Behörden auf Grundlage des Bebauungsplanes 2006 getroffen worden. Als Prämisse für die Durchführung der umfangreichen Arbeiten sei die Andienung über die Linkenheimer Landstraße in zwei Schritten, wie dies auch Reiner Kuklinski, Geschäftsführer der Volkswohnung, in verschiedenen Runden mitgeteilt habe. Für den Bau des Anschlussknotens seien sehr umfangreiche und komplexe

Abstimmungen mit beispielsweise Eisenbahnbundesamt, Landes- und weitere Behörden, erforderlich, sodass die Erschließungsarbeiten an diesem Knotenpunkt beginnen. Man wolle sicherstellen, dass möglichst schnell und zügig eine provisorische Anbindung für die Beschickung der Baustelle im Gewerbegebiet hergestellt werden könne. Dies seien sehr komplexe und eng abzustimmende Maßnahmen, meinte er auch im Hinblick auf die zu schaffende Abbiegespur. Zu Beginn der Maßnahme werde eine Anbindung über die Abraham-Lincoln-Allee sicherlich nicht zu vermeiden sein. Man werde allerdings alles Mögliche tun, dies sei auch in den Verträgen so vereinbart, um die Beeinträchtigungen und Lärmbelastigung so gering wie möglich zu halten, versicherte er.

Frau Altenmüller, die Projektleiterin, habe in der vergangenen Zeit sehr viel Kontakt mit den Anwohnern gehabt und ihnen dabei auch die Maßnahmen erläutert.

Der Rückbau der Gleisanlagen, welcher momentan laufe, solle ungefähr Mitte Dezember abgeschlossen sein, weist Altenmüller hin, knapp überlappt von den beginnenden Erschließungsarbeiten. Sie gibt bekannt, dass auch Beweissicherungen an Wohngebäuden laufen, in zwei Gebäuden erfolgten während den Rückbauarbeiten Erschütterungsmessungen, um zu gewährleisten, dass alles innerhalb der Vorschriften laufe, wovon man erfahrungsgemäß ausgehe. Morgen werden die Arbeiten mit Meisel beginnen, die für die Anwohner die am lautesten und erschütterungsintensivste Phase sein dürfte, was im Laufe des kommenden Jahres anstehe. Wenn die Betonplatten und Verladerampe weg seien, gehe man aus dem Bereich der direkt angrenzenden Wohnbebauung weg.

Im Bereich des Anschlussknotens werde dann der Gleisschotter möglichst weit weg von der Wohnbebauung aufbereitet und eingebaut.

Herr Strieffler vom Ingenieurbüro BIT, zuständig für die Projektsteuerung, gibt einen Überblick und erklärt, dass mit den Erschließungsarbeiten im Dezember begonnen werde. Es finden einige Planierarbeiten statt, Erdbewegungen aber nur innerhalb des Gebietes, es werde kein Material herausgefahren. Es werden Baustellen eingerichtet, wobei hier nur einige Fuhren von LKWs nötig seien, die alle über die Abraham-Lincoln-Allee fahren müssen. Ein weiterer Abschnitt sehe Kanalarbeiten vor, Anlieferung von Rohren und Schächten. Dies müsse anfangs ebenfalls über die Abraham-Lincoln-Allee laufen, wobei hier die Belästigung relativ gering sei. Gleichzeitig werde man im Januar mit den Arbeiten am Knotenpunkt beginnen, sodass die Abbiegespur hergestellt werde.

Bei der zeitlichen Darstellung der Arbeiten sagt er, dass die momentan bereits laufenden Abbrucharbeiten noch dieses Jahr fertig werden, die Fertigstellung der

Erschließungsarbeiten sei bis Dezember 2016 vorgesehen. Als Zwischentermine, die witterungsabhängig seien, nennt er den Kanalbau, der sich von Dezember bis April/Mai 2016 erstrecken solle, ab Januar 2016 bis März/April erfolge der Anschluss an die L 605. Dabei könne der Baustellenverkehr ab April 2016 über den neuen Anschluss an die L 605 laufen. Für den Transport bzw. Arbeiten der Massengüter für die Straßenbauarbeiten werde dann der neue Abschnitt zur Verfügung stehen. Ab Mai 2016 laufen dann die Arbeiten für Versorgungsleitungen und Straßenbau über den neuen Knoten mit provisorischer Signalregelung.

Die Fertigstellung bzw. Inbetriebnahme und Freigabe des Knotens für alle sei für Dezember nächsten Jahres vorgesehen, wenn das Gewerbegebiet fertiggestellt sei.

Die Signalisierung bzw. technische Ausstattung des Bahnüberganges sei etwas ganz Wesentliches, ergänzt Altenmüller. Bei dem erforderlichen, bereits laufenden Plangenehmigungsverfahren sei man abhängig von anderen Instanzen. Ziel sei, dass er auch Ende nächsten Jahres geöffnet werden könne, man sei aber hier von Ministerien und Ämtern abhängig.

Abschließend betont Rössner, es sei ein ambitioniertes Ziel, den provisorischen Knoten bis April fertigzustellen, dies sei jedoch die Vorgabe.

Bei der sich anschließenden Diskussion zeigen sich Sprecher aller Fraktionen unzufrieden mit der Situation und verärgert.

SPD-Ortschaftsrat Jürgen Marin betont, er begleite die Bebauungsgebiete seit der Planungswerkstatt mit. Durchgängig bis dieses Jahr sei eines immer klar gewesen: erst komme - wenn man an dieses Planungsgebiet herangehe - der Knoten und dann alles Weitere. Nach der heutigen Vorstellung beginnen die Arbeiten jetzt im Dezember, so habe er es verstanden. Der provisorische Knoten solle frühestens im April fertiggestellt werden, wenn alle Genehmigungsverfahren so laufen. Schlussendlich werde man bei einem halben Jahr liegen, wo Andienungen nicht direkt über die Linkenheimer Landstraße kommen, sondern über die Abraham-Lincoln-Allee, was ihn dann doch sehr verärgere. Dies sei Wortbruch.

Man sei bemüht, so Altenmüller, die Erschließung regelkonform abzuwickeln. In diesem Zusammenhang erinnert sie daran, dass es sich beim Blankenlocher Weg bzw. der Abraham-Lincoln-Allee um ganz normale Verkehrsstraßen handle. Es müsse es in Ordnung sein, wenn man hier durchfahre.

Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht empfindet die Vorstellung als nicht zufriedenstellend für die Bevölkerung in Kirchfeld Nord und den Ortschaftsrat. Es sei definitiv seitens der Konversionsgesellschaft und von Herrn Kuklinski deutlich

zugesagt worden, dass erst der Knotenpunkt fertiggemacht werde und dann alle Maßnahmen erfolgen, auch die Abbrucharbeiten, die jetzt stattfinden. Vor einigen Jahren habe man das Baugebiet erschlossen und den Bürgern, die dort hingezogen sind, habe man klare Zusagen, auch bei Bürgerversammlungen, gemacht, dass das Gewerbegebiet nicht über die Abraham-Lincoln-Allee erschlossen werde. Es sei auch nicht fair gegenüber den Käufern, die ja auch bei der Konversionsgesellschaft gekauft habe, die Erschließung so durchzuführen. Man habe ihnen dann damals etwas Falsches vermittelt. Man sollte deshalb den vorgestellten Plan nochmals überdenken, ob er wirklich so durchgeführt werden könne. Es gebe ganz klare Versäumnisse bei der Konversionsgesellschaft.

Auch der **fraktionslose Ortschaftsrat Klaus Bluck** betont, Geschäftsführer Kukliniski habe in der Bürgerversammlung zugesagt, dass die Arbeiten für die Erschließung beginnen werden, wenn der Knoten zumindest als Provisorium fertiggestellt sei. Und der Oberbürgermeister habe dies bestätigt.

Bereits jetzt laufe aber der Verkehr, bei den kleineren Arbeiten, mit vielen LKWs. Man könne sich ja hochrechnen, was dann auf der Straße statfinde und dann noch Busverkehr. Die Fahrzeuge fahren alle zu schnell. „Es kommen riesige Probleme auf uns zu“, untermauerte er. Es sei nicht so wie zugesagt, dies stelle das Hauptproblem dar. Keiner der Ortschaftsräte habe diesem Verfahren so zugestimmt. Es sei grundsätzlich die Frage, ob man an der Zeitachse etwas ändern könne und erst den Knoten fertigstellen.

Dieter König, Fraktionsvorsitzender, erinnert daran, dass der Ortschaftsrat im November 2014 bei der Vorstellung der Umsiedlungsmaßnahmen der Zauneidechse ganz massiv darauf hingewiesen habe, dass der Knoten eine sehr komplexe Aufgabenstellung sei und man hier einen sehr großen Planungsablauf habe und einen Vorlauf brauche, um in diesem Gebiet überhaupt etwas zu tun. In der ein Jahr zuvor stattgefundenen Bürgerversammlung habe vor allem Herr Kukliniski klar gesagt, dass der Knoten zumindest als Interimslösung da sein werde, bevor jegliche Baumaßnahme laufe. König zeigte sich enttäuscht darüber, dass Herr Kukliniski heute nicht anwesend sei. Fakt sei, dass die Zusagen von Herrn Kukliniski und dem Oberbürgermeister da waren. Seine Fraktion stelle den Antrag, dass es keine weiteren Baumaßnahmen gebe bis eine provisorische Lösung für die Zufahrt zu diesem Baugebiet erfolgt sei. Es könne nicht sein, dass Zusagen vom OB gebrochen werden. Der Ortschaftsrat habe mehrmals darauf hingewiesen, dass ein langer Vorlauf nötig sei, um den Knoten zu erstellen.

Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt meint, es sei Vieles bereits gesagt worden, dem sich ihre Fraktion anschließen könne. Ergänzend wollte sie wissen, wie hoch das zusätzliche Verkehrsaufkommen eingeschätzt, was auf die Bewohner dort zukommen werde? Um das Aufkommen zu bewältigen müssen rund 150 Touren bewältigt werden, antwortet Rössner auf diese Nachfrage.

Marco Rössner verspricht, die Stimmungslage im Ortschaftsrat mitzunehmen und dass sich die Volkswohnung kurzfristig dazu äußern werde – ergebnisoffen. Er bittet um Verständnis darum, dass hinsichtlich von Zusagen der Geschäftsführung keine Stellung nehmen könne.

In Zusammenfassung der Aussprache, wobei auch hinsichtlich der Begriffe „Erschließungsmaßnahmen“ und „vorbereitende Abbruchmaßnahmen“ widersprüchliche Auffassungen herrschen, kommt es einstimmig zu folgendem

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat zeigt sich mit dem Vorgehen, wie es bisher gelaufen ist, nicht einverstanden und bringt darüber seinen Unmut zum Ausdruck. Er fordert, dass die Arbeiten zunächst eingestellt werden und er von der Konversionsgesellschaft zeitnah eine andere Lösung aufgezeigt bekommt, wie dieses bewerkstelligt werden kann. Geschäftsführer Reiner Kuklinski solle zu einer Sitzung nach Neureut kommen und hierzu Stellung beziehen.

Zu Punkt 2 der T.O.: **Bebauungsplan „Nördlich der New-York-Straße (Merkur Akademie)“, Karlsruhe-Neureut
Hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 des Baugesetzbuches (BauGB)
-schriftliche Vorlage Nr. 35/2015**

Man habe, so erinnert der Vorsitzende, das Thema bereits wiederholt im Ortschaftsrat behandelt, vor einiger Zeit sei der Auslegungsbeschluss gefasst worden.

Ortsbaumeisterin Patricia Arnold weist darauf hin, dass zum Bebauungsplanentwurf, der ein Monat lang auch im Neureuter Rathaus eingesehen werden konnte, keine weiteren Anregungen seitens der Bürgerschaft gekommen sind. Denn die Belange seien seinerzeit bei der frühzeitigen Bürgerbeteiligung berücksichtigt worden, auch die Träger öffentlicher Belange hatten keine weiteren Anregungen. Hinsichtlich der bei der Bürgerbeteiligung hervorgebrachten Bedenken wegen Lärmemissionen sei ein Gutachten erstellt worden, wo die zeitliche Nutzung der Sportanlagen begrenzt wurden. Auch konnte eine Einigung bei Stadtplanungsrechtlichen - und

Naturschutzbelangen erzielt werden, sodass dieser Bebauungsplan nun als Satzung beschlossen werden könne.

In Zusammenfassung der Diskussion kommt es einstimmig zu folgendem

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Satzungsbeschluss nach §10 des Baugesetzbuches für den Bebauungsplan „Nördlich der New –York-Straße (Merkur Akademie) zu.

Zu Punkt 3 der T.O.:

Straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen

**Hier: Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion vom 29.09.2015 auf Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen in div. Neureuter Straßen
-schriftliche Vorlage Nr. 36/2015**

Der Vorsitzende macht eingangs deutlich, dass straßenverkehrsrechtliche Anträge in zurückliegender Zeit schon wiederholt im Gremium behandelt wurden. Mit dem nun vorliegenden Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion vom 29.09.2015 könne ein vor zwei Jahren ähnlich gelagerter Antrag nun wieder aufleben.

Die SPD habe erneut beantragt, die Welschneureuter Straße zwischen Neureuter Hauptstraße und Unterfeldstraße die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 zu begrenzen. Vor zwei Jahren sei ein ähnlich gelagerter Antrag vom Ordnungsamt abgelehnt worden.

Zweitens schlage der Antrag der SPD-Fraktion eine Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für die Neureuter Hauptstraße zwischen Welschneureuter Straße und Bärenweg ebenfalls auf Tempo 30 vor. Dieser Antrag sei seinerzeit vom Ortschaftsrat mehrheitlich abgelehnt und nicht dem Ordnungsamt vorgelegt worden.

Drittens beantrage die SPD-Fraktion die zulässige Höchstgeschwindigkeit in verschiedenen Neureuter Verbindungsstraßen von Tempo 50 auf Tempo 40 zu reduzieren.

Man habe mit dem Antrag die Diskussion zur Temporeduktion in Wohngebieten, wo aktuell noch Tempo 50 vorgesehen sei, wieder aufleben lassen wollen, erklärt **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** für die **antragstellende Ortschaftsratsfraktion** den Grund für die gewünschten geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen in diversen Neureuter Straßen.

Vor kurzem hatte sie ihre Ortschaftsratskollegen darum gebeten, sich mit Tempo 40 dort durch Neureut zu bewegen, wo Tempo 50 vorgesehen sei.

Bereits 2013 so erinnerte sie, habe die CDU--Fraktion Ausführungen zu Tempo 40 in Zusammenhang mit dem damaligen Antrag gemacht.

Es gebe beispielsweise in Tübingen Versuche, bei denen Tempo 30 auf Tempo 40 angehoben worden sei, denn Tempo 30 habe den Verkehrsfluss doch sehr beeinträchtigt. Auch seien die Emissionswerte entsprechend schlechter als bei Tempo 40 gewesen

Denn auch für die Begrenzung der Geschwindigkeit von Tempo 50 auf Tempo 40 in denjenigen Straßen Neureuts, die stärker dem Durchgangsverkehr dienen, spreche ein nicht zu stark reduzierter Verkehrsfluss. Zudem werde dem Lärmschutz- und Sicherheitsbedürfnis der Anwohner und Verkehrsteilnehmer besser Rechnung getragen. Tempo 40 habe sich in anderen Städten Baden-Württembergs bereits bewährt, so die Begründung im Antrag.

An Hand einer farblich gekennzeichneten Karte demonstrierte Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht, wie Neureut in einem Gesamtüberblick geschwindigkeitsmäßig eingeteilt ist, so beispielsweise die Linkenheimer Landstraße mit Tempo 70, Neureuter Querallee Tempo 60 ebenso wie Welschneureuter Straße/Klammweg. Bereiche mit Tempo 30, oder Schrittgeschwindigkeit sowie weitere Tempoareale wurden ebenfalls aufgezeigt.

Ortschaftsrat Herbert Böllinger weist in seiner Stellungnahme für die CDU-Fraktion darauf hin, dass es bereits 2013 Diskussionen mit entsprechenden Anträgen gegeben habe, die zurückgewiesen wurden. Er machte dabei deutlich, dass weder der Ortschafts- noch der Stadtrat oder ein anderes politisches Gremium Entscheidungsbefugnis habe. Die Entscheidungsbefugnis liege ausschließlich bei der Unteren Verwaltungsbehörde, in diesem Fall beim Ordnungsamt der Stadt Karlsruhe. Dieses sei gebunden an gesetzliche Regelungen und Verfügungen, die getroffen worden seien. Wenn es dagegen verstosse, gehe es in die nächste Ebene und das Regierungspräsidium schreite ein. Der Ortschaftsrat könne Anregungen liefern, müsse aber dem Ordnungsamt Gründe an die Hand geben, warum bestimmte Maßnahmen vom Ortschaftsrat gewünscht werden. Dieser sollte nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als habe er Entscheidungsbefugnis. Seine Fraktion könne Vieles beim SPD-Antrag unterstützen, jedoch fehlte die Begründung für die einzelnen Maßnahmen. Damit sei die Gefahr sehr groß, dass das Ordnungsamt wieder ablehnen werde. Natürlich sei sich die CDU mit den Antragstellern einig darüber dafür, dass die Sicherheit der Anwohner sowie der Lärmschutz berücksichtigt werde, ebenso wie es wünschenswert sei, die Schadstoffe

zu reduzieren, denn dies seien ja die drei Dinge, die für eine Geschwindigkeitsreduzierung sprechen. Es gebe gute Gründe für die Annahme, dass Tempo 30 kein besonders gutes Tempo sei, was auch das Gutachten in Tübingen bestätige. Die Tendenz sei, dass Tempo 40 vielleicht die bessere Maßnahme sei. Temporeduzierung müssen aber auch überwacht werden.

Die Situation in der Neureuter Hauptstraße sei außerordentlich problematisch, die Parksituation müsse überwacht werden. Hier könne sich seine Fraktion mit Tempo 30 anfreunden. Hier müsse entsprechende Begründung angeführt werden. Auch Tempo 40 könne man mittragen, wobei bei bestimmten Straßen die Durchgangsverkehr aufnehmen, wie z.B. Mittelstorstraße oder Untere Hardtstraße, darüber diskutiert werden müsste..

Fraktionsvorsitzender Dieter König zeigt mit seinem Vorredner Übereinstimmung darüber, dass das Ordnungsamt das letzte Wort habe. Unabhängig davon habe jedoch der Ortschaftsrat die Möglichkeit, seinen politischen Willen zu zeigen. Es mache Sinn, das Thema so anzugehen, wie die SPD-Fraktion dies in ihrem Antrag gestellt habe. Man könne den „Königsweg“ mittragen. Darüberhinaus wolle er jedoch diesen noch um drei Punkte ergänzen, nämlich, dass die Welschneureuter Straße von der Neureuter Hauptstraße bis Michael-Pacher-Weg Tempo 30, danach Tempo 60 und ab dem Klammweg wieder Tempo 40 werde. Der Bereich Neureuter Querallee/Unterfeldstraße bis Höhe Haltestelle Bärenweg sei dann Tempo 40, seiner Meinung nach aber reines Tempo 30 Gebiet. Drittens führte er an, die Teutschneureuter Straße im Zuge der Konsolidierung zu Tempo 40 zu machen, um dann wieder die Vorfahrtsstraße dort zu haben. Dies sei aus Sicherheitsgründen in diesem Bereich wichtiger als Tempo 30.

Als wichtiger Punkt für die Akzeptanz führte er die Überwachung an, wie beispielsweise das Parken in der Neureuter Hauptstraße und die Geschwindigkeit.

Deshalb stimme man mit den entsprechenden Ergänzungen dem SPD-Antrag zu.

Ortschaftsrat Klaus Bluck erinnert daran, dass er in der Vergangenheit einige der der Anträge gestellt und begründet habe. Deshalb sei es schön, dass nun die FDP weiter mitgehe als zurückliegend. Er ist der Meinung, dass das Ordnungsamt einen Spielraum habe. Zwischenzeitlich gebe es auch einen anderen Oberbürgermeister, der andere Vorgaben gemacht habe als sein Vorgänger.

Auch **Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt** signalisiert Unterstützung für den Antrag. Die Sinnhaftigkeit stelle sich heute noch verschärfter dar als zu der Zeit, als der ehemalige Grünen-Fraktionsvorsitzende Klaus Junker gemeinsam mit Ortschaftsrat Klaus Bluck den Antrag gestellt habe. Entscheidender

Grund sei die Sicherheit. Die Studienlage belege klar, dass die Unfallfolgen bei Tempo 30 dramatisch besser seien als im Vergleich mit Tempo 50 und Tempo 40. So ende ein Unfall mit einem Kind bei Tempo 30 in der Regel nicht tödlich. Bei Tempo 50 sei die Gefahr signifikant höher.

Auf eine Anregung von **Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis**, Geschwindigkeitsmessungen mit einem „Lachgesichtanhänger“ durchzuführen, antwortet der Vorsitzende, dass es einen solchen bei der Stadt Karlsruhe nicht gebe.

Ortschaftsrat Detlef Hofmann untermauert, man brauche gute Begründungen, um die Empfehlungen des Ortschaftsrates verwirklichen zu können.

Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht erinnert daran, er habe bereits 2013 vorgeschlagen, über Tempo 40 nachzudenken. Wären damals SPD und Grüne den Weg mitgegangen, bräuchte man heute nicht über den Antrag zu diskutieren. Man gehe deshalb jetzt diesen Weg gerne mit.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber zeigt sich erfreut darüber und möchte als Begründung liefern, dass überall dort, wo Wohnbebauung relativ dicht an der Straße stehe, es nicht einzusehen sei, warum dort Tempo 50 sei.

Bei den sich anschließenden Abstimmungen kommt es zu folgenden

Beschlüssen:

Beschluss 1:

Der Ortschaftsrat lehnt mehrheitlich den weiterführenden Vorschlag der FDP-Fraktion zu Punkt 1 des Antrages ab.

Beschluss 2:

Mehrheitlich abgelehnt wird auch der Vorschlag, die Unterfeldstraße bis zur Neureuter Querallee komplett in Tempo 30 umzuwandeln.

Beschluss 3:

Der Ortschaftsrat stimmt mehrheitlich dem Vorschlag zu, die Teutschneureuter Straße in Tempo 40 mit der entsprechenden Vorfahrtsregelung umzuwandeln.

Beschluss 4:

Einstimmig stimmt der Ortschaftsrat dem vorliegenden Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion zu.

Zu Punkt 4 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

Zu diesem TOP erfolgen keine Bekanntgaben.

Zu Punkt 5 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

Zu diesem TOP erfolgen keine Meldungen.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: